Größte Dresdner Morgenzeitung

Verlagsort: Dresden
Einzelpreis: In Dresden Stadt u. Amtsh. 10 Rpf.
A außerhalb 15 Rpf.

Der Freiheitskampf

Amtliche Tageszeitung der NSDAP. Gau Sachsen

Ist das für seinen Verbreitungsbezirk behördlicherseits bestimmte Blatt zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Staats- und Gemeindebehörden, der Amtsgerichte, der Landesfinanzämter, der Finanzämter, der Hauptzollämter, der Zollfahndungsstellen, der Reichsbauämter und der Devisenstellen

Bezugspreis: monatl. 2,40 RM. (einschl. 41 Rpf. Vertriebsanschlaß bzw. Trägerlohn). Durch die Post 2,40 RM. einschl. 49,70 Rpf. Zeitungsgeb. (zuzügl. 42 Rpf. Bestellgeld). Bei Abholung in unsr. Geschäftsstellen 2 RM. Erscheint täglich mit Ausnahme der Feiertage. Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Rückerstattung der Bezugsgebühr oder auf Ersatzlieferung.

Nr. 323. Donnerstag, 19. November 1936

Anzeigenpreise lt. aufl. Preisl. Nr. 15. Anzeigenschl. am Tage vor Ersch. 15 Uhr, f. d. Sonntagsausg. freitags 17 Uhr, f. d. Montagsausg. sonnabends 15.30 Uhr. Verlag: Nationalsozialistischer Verlag f. d. Gau Sachsen GmbH., Dresden A. 1, Wettinerpl. 10. Postscheckkonto Dresden 30175. Geschäftsst. 8—18 Uhr. Sprechz. d. Schriftleitung 11—12 Uhr außer sonnabends. Fernruf Sammelruf 25801 u. 25261

Berlin erkennt Franco-Regierung an

Selbstmord Salengros - Reichspressechef Dr. Dietrich sprach in Rom - Dr. Schmidts Berliner Reise

Einheitliches Vorgehen mit Italien

Berlin, 18. November

Nachdem die Regierung des Generals Franco von dem größten Teil des spanischen Staatsgebietes Besitz ergriffen und nachdem die Entwickelung in den letzten Wochen immer deutlicher gezeigt hat, daß in den übrigen Teilen Spaniens von der Ausübung einer verantwortlichen Regierungsgewalt nicht mehr die Rede sein kann, hat sich die Reichsregierung entschlossen, die Regierung des Generals Franco anzuerkennen und zur Aufnahme der diplomatischen Beziehungen einen Geschäftsträger bei ihr zu bestellen.

Der neue deutsche Geschäftsträger wird sich alsbald an den Sitz der Regierung des Generals Franco begeben. Der bisherige deutsche Geschäftsträger in Alicante ist abberufen worden. Der Geschäftsträger der früheren spanischen Regierung hat Berlin auf eigenen Entschluß bereits Anfang November verlassen.

Zugleich wird aus Rom amtlich mitgeteilt: „Nachdem die Regierung des Generals Franco vom größten Teil Spaniens Besitz genommen hat und nachdem die Entwicklung der Lage immer deutlicher zeigt, daß man in den übrigen Teilen Spaniens nicht mehr von der Ausübung einer verantwortlichen Regierungsgewalt sprechen kann, hat die faschistische Regierung beschlossen, die Regierung General Francos anzuerkennen und einen Geschäftsträger zur Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zu entsenden. Der Geschäftsträger wird sich sofort nach Spanien begeben. Die gegenwärtige diplomatische Vertretung Italiens ist abberufen worden."

Die Nachricht von der Anerkennung der Franco-Regierung durch die Reichsregierung und die italienische Regierung hat in Paris, obwohl sie an sich erwartet wurde, insofern überrascht, als man diese Anerkennung erst für den Zeitpunkt voraussah, wo die Truppen des Generals Franco Madrid eingenommen hätten. Im übrigen ist die Nachricht in Paris im allgemeinen ruhig aufgenommen worden.

Nach einer Mitteilung des französischen Postministeriums wurde die nationale spanische Regierung in Burgos verständigt, daß der direkte Postverkehr zwischen Frankreich und dem nationalen Spanien aufgenommen wird. Dieser Schritt kann zwar nicht als eine de-facto-Anerkennung der Regierung Franco durch Paris betrachtet werden, bedeutet aber immerhin eine Wendung in der französischen Einstellung, da sich die französische Regierung bisher geweigert hatte, den Postverkehr mit dem nationalen Spanien durchzuführen.

In britischen Kreisen wird, wie Reuter erfahren hat, die Frage als „rein akademisch" angesehen. Der deutsche und der italienische Schritt würden die Politik des Nichteinmischungsausschusses kaum ändern. Die Tatsache, daß früher allein die Madrider Regierung anerkannt gewesen sei, sei niemals als Einmischung als solche betrachtet und durch die Erklärung Deutschlands und Italiens werde vom Standpunkt des Nichteinmischungsausschusses aus keine neue Lage geschaffen.

Klarheit über Spanien

Dr. Schn. Die Anerkennung der nationalen Regierung des spanischen Staatschefs Franco durch die Reichsregierung und gleichzeitig durch die italienische Regierung schafft Klarheit in einem Teil unseres Erdteils, in dem die bolschewistische Wühlarbeit Unklarheit und daraus folgend gefährliche Verwicklungen hervorzurufen versuchte. Mögen andere hinter den Ereignissen herlaufen und ihre Diplomatie von Wunschträumen bestimmen lassen, die nationalsozialistische Außenpolitik fußt auf Tatsachen und zögert nicht, aus den Gegebenheiten der europäischen Entwicklung im geeigneten Augenblick die notwendigen Folgerungen zu ziehen. Auf den spanischen Bürgerkrieg übertragen, forderte dieser Grundsatz nach den Ereignissen der letzten Tage, daß die Fiktion einer „Regierung Caballero" oder wie sich die roten Scheinregierungen nennen mögen, auch völkerrechtlich aufgegeben und die Regierung des Generals Franco formell anerkannt werden mußte.

Zwei grundlegende Tatsachen sind für den deutschen Entschluß maßgebend gewesen: positiv der Umstand, daß die Regierung Franco den weitaus größten Teil des spanischen Staatsgebietes wirksam beherrscht und nun auch in Madrid festen Fuß gefaßt hat. Negativ die ebenso unleugbare Tatsache, daß in den übrigen Teilen Spaniens von einer verantwortlichen Regierungsgewalt nicht mehr die Rede sein kann. Oder anders gesagt, daß in den Gebieten, die Franco noch nicht erobert hat, nicht die rote Gegenregierung, sondern einfach Anarchie herrscht.

Dafür sind die vergeblichen deutschen Bemühungen um den Schutz unserer Staatsbürger in diesen spanischen Gebietsteilen eine einzige Kette von Beweisen. Zunächst mußte sich der deutsche Geschäftsträger bei der ehemaligen Madrider „Regierung" schon nach Alicante begeben, weil sich die roten Behörden weigerten, ihrer Pflicht gemäß die Gewähr für den Schutz der deutschen Botschaft zu übernehmen. Dann versagten sie — vielleicht nicht einmal immer aus bösem Willen, sondern weil sie sich nicht durchsetzen konnten — bei allen Bemühungen der deutschen Vertretung um den Schutz der Reichsangehörigen und die Wiedergutmachung des ihnen zugefügten Unrechts. Die geschuldete und versprochene Genugtuung unterblieb in allen Fällen und oft sogar mit der Begründung der „Regierungsstellen", daß sie nicht in der Lage seien, ihrer Pflicht nachzukommen und man sich besser an die Nationalisten als die wirklichen Machthaber wenden solle.

Unendlich ist die Liste roter Schandtaten an Deutschen, die wegen der mangelnden Machtvollkommenheit jener „Regierung", die sich nach außen hin als die „legale" aufspielte, ungesühnt blieben. In Barcelona wurden vier Deutsche ermordet. Man versprach Verfolgung und Bestrafung der Schuldigen. Aber nichts geschah. An anderen Orten wiederholten sich solche Vorfälle. Immer mit dem gleichen Ergebnis. Die Spanien-Deutschen mußten allmählich ihre Arbeitsstätten aufgeben. Sie mußten, oft unter Lebensgefahr, von deutschen Kriegsschiffen abtransportiert werden und ihr Hab und Gut im Stich lassen, das von den roten Horden dann meist geplündert oder verbrannt wurde. Die rote „Regierung" war machtlos gegen solche Barbarei. Sie konnte den völkerrechtswidrigen Uebergriff ihrer Streitkräfte gegen den deutschen Dampfer „Kamerun" weder verhindern noch wiedergutmachen. Sie war außerstande, die gleich bei Beginn des Bürgerkrieges erfolgte widerrecht-

Salengro vergiftet sich mit Leuchtgas

Entzog sich Blums Innenminister der Verantwortung? – Große Erregung in Frankreich

Paris, 18. November

Der aus den letzten Skandalszenen in der französischen Kammer bekannte Innenminister Salengro hat sich durch Gasvergiftung das Leben genommen.

Der Bruder des Innenministers gab der Presse folgende Erklärung ab: „Mein Bruder war seit langer Zeit sehr mitgenommen, zunächst durch den Tod seiner Frau im Mai 1935, dann aber auch durch verschiedene Todesfälle, die sich kürzlich in unserer Familie ereignet haben. Sein Gesundheitszustand hat sich in der letzten Zeit noch verschlechtert. Der allgemeine „Lügenfeldzug", der letzthin gegen ihn unternommen wurde, hat ihn verzweifeln lassen, obgleich nichts davon übriggeblieben ist. Er hat sich das Leben genommen."

Ueber den Selbstmord des Innenministers Salengro wurden später noch folgende Einzelheiten bekannt. Danach soll Salengro nicht, wie ursprünglich verlautete, in seinem Bett gelegen haben, sondern in der Küche an der Stelle, wo vor einem Jahr seine Frau tot aufgefunden wurde. Die ärztliche Untersuchung ergab, daß sich der Innenminister mit Leuchtgas das Leben genommen hat. Der Tod dürfte am Dienstag um 23 Uhr eingetreten sein.

Die Beisetzung Salengros findet am Sonnabendnachmittag in Lille statt. Ministerpräsident Léon Blum ist am Mittwochnachmittag in Lille eingetroffen.

Die Regierung hat angeordnet, daß zum Zeichen der Trauer für den aus dem Leben geschiedenen Innenminister sämtliche öffentlichen Gebäude halbmast flaggen.

Der deutsche Geschäftsträger in Paris hat sofort nach Bekanntwerden des Ablebens des französischen Innenministers der französischen Regierung das Beileid der Reichsregierung ausgesprochen.

Das Ableben Salengros hat in parlamentarischen und politischen Kreisen eine gewitterschwüle Stimmung geschaffen. Am Nachmittag gerieten in den Wandelgängen der Kammer zahlreiche Abgeordnete in eine erregte Aussprache mit den Pressevertretern. Die Gemüter erhitzten sich so, daß Drohungen ausgesprochen wurden. Wie verlautet, wollen die marxistischen Gewerkschaften das Erscheinen der rechtsstehenden Wochenschrift „Gringoire", deren nächste Nummer am Freitag herauskommen soll, mit Gewalt verhindern.

Ministerpräsident Blum hat, bevor er nach Paris zurückkehrte, an die Arbeiterbevölkerung von Lille einen Aufruf erlassen, in dem es heißt: „Selbst nach seinem Tode müßt ihr den Willen Salengros achten. Zweierlei würde er euch verboten haben: das Vergessen und die Rache. In seinem Namen beschwöre ich euch, ruhig zu bleiben und euren Zorn zu meistern!"

Der französische Ministerrat wird unverzüglich zusammentreten, um einen Nachfolger für Innenminister Salengro zu bestimmen. Man spricht von dem Unterstaatssekretär im Ministerpräsidium, Dormoy, der der Sozialdemokratischen Partei angehört, und dem Landwirtschaftsminister Monnet, einem persönlichen Freund Blums. Ferner wird Staatsminister Chautemps (Radikalsozialist) als Anwärter genannt.

*

Roger Salengro wurde am 30. Mai 1890 in Lille geboren. Nachdem er seine Hochschulstudien an der Sorbonne beendet hatte, schloß er sich in Lille der sozialistischen Partei an. In den Tagen des Kriegsausbruches war er in Arras tätig. Er meldete sich freiwillig an die Front und fiel im Oktober 1915 in Gefangenschaft. Als Wiedervergeltungsmaßnahme wurde er in Deutschland zur Arbeit in einem Hüttenwerk kommandiert, in dem Kriegsbedarf hergestellt wurde. Er verweigerte jedoch, gegen sein Vaterland zu arbeiten, entfachte einen Streik und wurde nach dreimaliger Verhandlung vom Kriegsgericht zu zwei Jahren Arbeitsdienst verurteilt, den er in dem Strafgefangenenlager in Kottbus in Preußen abbüßte. Nach seiner Rückkehr nach Kriegsschluß wurde er in Fille 1919 in den Stadtrat und in den Generalrat Nord gewählt und 1925 zum Bürgermeister von Lille. Als Mitglied der sozialistischen Partei kam er 1928 für den Wahlkreis Nord in die Kammer. Seitdem gehört er dem Generalrat der Partei wie auch der Leitung der Kammerfraktion an. Bei der Bildung seiner Regierung übertrug ihm der Sozialistenführer Leon Blum am 4. Juni 1936 das Innenministerium.

Vergleiche auch Seite 2

Viehische Tat roter Mordgesellen

Feiger Ueberfall auf Sudetendeutsche – Tschechische Polizei läßt den Mörder laufen

Drahtbericht unseres Prager Vertreters

Prag, 18. November

In Sankt Christiansberg bei Kalsching im Böhmerwald wurde das Mitglied der Sudetendeutschen Partei, Franz Rauscher, von einem sozialdemokratischen Vertrauensmann, Gruber, erstochen. Rauschers Kamerad, Weiß, ebenfalls sudetendeutsches Parteimitglied, wurde durch Stiche schwer verletzt. Als Weiß aus seiner Ohnmacht erwachte, schleppte er seinen Kameraden in das Vorhaus des Gasthauses und bat die Gäste, ihm zu helfen. Statt dessen fielen diese, durchweg Marxisten, über Rauscher her und bearbeiteten ihn mit Fußtritten. Ehe ein Arzt zur Stelle war, starb Rauscher.

Wie durch ärztliche Untersuchung festgestellt wurde, hatte Rauscher zwei Herzstiche bekommen, zwei Schlagadern waren durchschnitten. Bei Weiß wurden sechs Stichwunden festgestellt. Der marxistische Mörder Gruber wurde in die Haft des Bezirksgerichts in Kalsching eingeliefert, aber gleich darauf wieder entlassen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id417178867-19361119/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG